

# Grüne in den Ländern wollen nach links

**GERECHTIGKEIT** Die Landesverbände wollen den Mitte-Kurs der Bundesspitze mit Grundsicherung und höheren Steuern kontern

AUS BERLIN ASTRID GEISLER

Die Kampfansage verbirgt sich in Landesparteitagsbeschlüssen, die selten große Aufmerksamkeit bekommen. In diesem Fall aber könnte sich das bald ändern. Denn die Papiere haben es in sich. Ihre Botschaft gilt Spitzen-Grünen wie Parteichef Cem Özdemir oder Baden-Württembergs Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann. In den vergangenen Monaten haben sie ihre Partei auf eine Abkehr vom ambitionierten Steuer- und Sozialprogramm aus dem Bundestagswahlkampf 2013 eingestimmt und erweckten den Eindruck, der Gerechtigkeitskurs sei offiziell abgehakt. Nun gehen wichtige grüne Landesverbände in die Gegenoffensive.

Beim Landesparteitag der nordrhein-westfälischen Grünen Ende Mai in Bielefeld kommt ein Leitantrag auf die Tagesordnung, der ein dickes Paket sozial- und steuerpolitischer Forderungen

gen vorsieht. Das zehnteilige Papier, das der taz vorliegt, wurde einstimmig von Realos wie Linken im Landesvorstand auf den Weg gebracht. Hartz IV sei zum „Sinnbild für Abgehängtsein“ geworden, kritisieren die NRW-Grünen und verlangen eine „neue armutsfeste und angstfreie Grundsicherung“ und ein

## Die NRW-Grünen verlangen eine „armutsfeste und angstfreie Grundsicherung“

„Ende der Sanktionen im Bezug von Sozialleistungen“. Außerdem treten sie für einen „deutlich höheren Regelsatz“ und eine Kindergrundsicherung ein.

Auch der steuerpolitische Teil des Leitantrags ist ambitioniert: Die Landes-Grünen wollen nicht nur die Vermögenssteuer wieder einführen, sondern auch die Erb-

schaftssteuer „dauerhaft als Landessteuer stärken“. Es sei „eine Frage der Gerechtigkeit“, dass hohe Vermögen und Erbschaften wieder einen „deutlich höheren Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens und zur Finanzierung der Zukunftsaufgaben“ leisten, heißt es in dem Leitantrag.

Was die Grünen in NRW beschließen, hat Gewicht. Sie sind der bundesweit mitgliederstärkste Landesverband. Die Ergebnisse bei der Bürgerschaftswahl in Bremen liest NRW-Landeschef Sven Lehmann auch als Empfehlung an seine Partei: Wenn die Grünen das Thema Gerechtigkeit nicht überzeugend besetzten, profitiere am Ende die Linkspartei davon. Die Grünen verloren bei der Wahl Anfang Mai in Bremen viele Stimmen an die Linke. „Der Kampf für Gerechtigkeit lohnt sich für die Grünen – und zwar bundesweit“, postuliert Landeschef Sven Lehmann.



Demo für eine Vermögenssteuer: Aktionstag „Umfairteilen“ 2012 in Berlin Foto: Christian Mang

Zumindest was die Steuerpolitik angeht, sind die NRW-Grünen mit ihrem Vorstoß nicht allein. Die niedersächsischen Parteifreunde fassten bereits Ende Februar einen ähnlichen Beschluss, in dem sie fordern, die Vermögenssteuer wieder einzuführen und die Erbschaftssteuer zu stärken. Im März folgten die Grünen in Rheinland-Pfalz.

„Das Thema ist mitnichten abgeräumt“, sagt Sven-Christian Kindler, Haushaltsexperte der

Grünen im Bundestag mit Wahlkreis im niedersächsischen Hannover. Kindler hat den Steuerbeschluss seines Landesverbands vorbereitet – gemeinsam mit einem Realo. Alle vier grünen Ministerinnen und Minister in der Landesregierung unterstützten das Papier. „Das ist ein wichtiges Signal an die Bundesebene unserer Partei“, sagt Kindler.

Wo und wie genau die Grünen sich in Steuerfragen positionieren, darüber berät seit Monaten

eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Parteichefin Simone Peter. Die Parteiführung in Berlin will das Thema überregional erst Mitte 2016 auf die Tagesordnung holen – nach der Landtagswahl in Baden-Württemberg. Denn klar ist: von der Steuer- und Sozialpolitik hängt der künftige Kurs der Partei vor der Bundestagswahl 2017 ab. Der ist alles andere als entschieden. Die Landesbeschlüsse sind dafür ein unmissverständliches Signal.

# Der seltsame Tod des Jeremiah Duggan

**ANTISEMITISMUS** Im Jahr 2003 starb ein jüdischer Student bei Wiesbaden. Die deutsche Polizei glaubt an Selbstmord. Jetzt rollte ein britisches Gericht den Fall neu auf. Trieb ihn die LaRouche-Sekte in den Tod?

AUS LONDON DANIEL ZYLBERSZTAJN

Hugo Duggan ist sich klar, was er erreichen möchte. „Ich bin weder verbittert noch versessen. Jeremiah ist lange tot. Aber ich will, dass Eltern und junge Menschen vor den Gefahren der LaRouche-Bewegung gewarnt werden.“ Es ist Mittagspause an einem schönen Sonntag im Garten der Gerichtsmedizin im Londoner Stadtteil Barnet. Hier wird gerade über den Todesfall Jeremiah Duggan verhandelt, seine Eltern Hugo und Erica Duggan sind ebenso dort wie Eltern, die ihre Kinder an den Politikult der LaRouche-Sekte verloren haben.

Am 27. März 2003 soll Jeremiah Duggan, ein in Paris studierender Brite, auf der Bundesstraße B455 bei Wiesbaden Selbstmord begangen haben. Das glaubt zumindest die deutsche Kripo. Für sie war der Tod des 22-jährigen Duggan ein klarer Fall von Selbstmord. Der Tote sei absichtlich in die Autos gelaufen. Hugo Duggan hält das für eine absichtliche Verfälschung der Sachlage. Auch die Mutter zweifelte daran. Kurz vor seinem Tod habe Jeremiah sie angerufen. „Ich stecke in großen Schwierigkeiten“, soll er gesagt haben. Es hätte etwas mit der Gruppe zu tun, deren Konferenz er besuchte. Und dann, so Erica Duggan, habe er mit panischer Stimme gesagt: „Ich habe Angst, ich will,



Jeremiah Duggan starb 2003 in der Nähe von Wiesbaden Foto: Archiv

dass du hier bist.“ Der Anruf brach zweimal ab. Es war das letzte Mal, dass die Mutter seine Stimme hörte. Vorher hatte er bereits seine Freundin verständigt. Beide kontaktierten die Polizei. Doch Jeremiah ist 45 Minuten nach dem letzten Anruf tot.

Als Duggan an der Sorbonne studierte, lernte er dort ein Mitglied der LaRouche-Bewegung in Frankreich (dort unter dem Namen „Solidarität und Fortschritt“ aktiv) kennen. Sie reden über Politik, 9/11 und den möglichen Krieg gegen Irak. „Nein, es ist kein Kult“, berichtet er der Mutter, „die lesen Plato.“

Tatsächlich gilt die LaRouche-Bewegung als Politsekte mit Führerkult um den heute 93-jährigen Amerikaner Lyndon LaRou-

## Dass Duggan Jude war, wurde ihm zum Verhängnis, glaubt seine Mutter

che und seine deutsche Frau Helga Zepp-LaRouche. Sie leitet in Deutschland die BüSo-Partei. Die Mitglieder würden von ihrem sozialen Umfeld isoliert, bis sie an viele ihrer Verschwörungstheorien glauben, sagt die Französin Katherine Pascal, die sich mit der Sekte befasst. Gern schiebe sie auch die Schuld für viele Missstände auf Juden. All das mag Duggan nicht bekannt gewesen sein. Wochen nach Kennenlernen der Sekte reiste Duggan zu

einer Konferenz nach Wiesbaden. Dass er Jude war und in Debatten dies nicht verheimlichte, wurde ihm zum Verhängnis, glaubt seine Mutter.

In Deutschland erreichten die beiden Duggan-Eltern inzwischen eine sogenannte Ermittlungserzwingung. Das Oberlandesgericht Frankfurt forderte die Staatsanwaltschaft auf, erneut zu ermitteln, ohne dass sich seitdem viel getan hätte.

Ganz im Gegensatz zu Großbritannien. Experten stellten in der Londoner Verhandlung die deutsche Sicht auf den Fall infrage. Weder seien die Kopfwunden Jeremiah Duggans konsistent mit Verkehrsunfällen und dem Aufprallen gegen Autos, noch habe er einen sofortigen Tod, wie es bei einem starken Aufprall zu erwarten sei, erlitten. Andere Wunden lassen vermuten, dass sich das Opfer wehrte. Auch die beiden Autos, gegen die Duggan angeblich geprallt war, hätten keine Spuren, die auf einen Aufprall mit einem Menschen schließen ließen. Es fehlten Blut am Wagen, auf der Straße, sowie Glasspuren am Opfer. Stattdessen stellte ein Gerichtsmediziner Sand fest, der nicht von der Straße kam, was auf ein Vorgeschehen an einem anderen Ort hindeuten könnte.

Der britisch-jüdische Dachverband Board of Deputies forderte nach der Anhörung, dass sich die Bundesregierung mit der Angelegenheit beschäftige.

# SPD ja, Homos nein

**RECHT** Die Zeche Zollverein untersagt Lesben und Schwulen, Herzluftballons aufsteigen zu lassen

ESSEN taz | In der „schönsten Zeche der Welt“, wie sich der Essener Zollverein selbst nennt, sind Aktionen gegen Diskriminierung nicht erwünscht – Parteifeiern schon. Das musste der Sozialverein für Lesben und Schwule am Sonntag erfahren. Der Jugendverein hatte angefragt, ob 50 Mitglieder zum internationalen Tag gegen Homo- und Transphobie am 17. Mai Herzluftballons vom ehemaligen Kohlewerk, das zum Weltkulturerbe gehört, aufsteigen lassen dürfe. Der Vorstand der Stiftung Zollverein untersagte die Veranstaltung mit der Begründung, dass die Zeche als „weltoffener Ort“ bemüht sei, „allen Besuchern einen ungestörten Besuch des Welterbes zu ermöglichen“. Die Stiftung behalte sich vor, politische und weltanschauliche Aktionen zu untersagen, erklärte sie der WAZ.

Das gilt offenbar nur für ausgewählte Aktionen und Weltanschauungen: Die SPD durfte vor zwei Jahren ihre große 150-Jahrfeier dort ausrichten, in diesem Mai hat die Partei zum Osterfeuer auf die Zeche eingeladen.

Grünen-Geschäftsführer Volker Beck hat nun die Antidiskriminierungsstelle des Bundes eingeschaltet. Laut Allgemeinem Gleichbehandlungsgesetz darf niemand wegen seiner sexuellen Identität benachteiligt werden. Beck lässt den Fall nun prüfen: „Mal hü, mal hott: Warum wer-

den manche politische Veranstaltungen zugelassen, andere nicht?“

Beim Jugendverband stieß die Begründung ebenfalls nicht auf Verständnis. „Wenn Kinder und Familien vorgeschoben werden, um Lesben und Schwulen zu sagen, dass sie nicht erwünscht sind, ist das schon ein besonderes Signal“, sagte Suse von Nordheim der taz. „Für uns ist das ein ganz klares Zeichen, dass die Weltoffenheit bei Lesben und Schwulen aufhört.“ Man sei enttäuscht, dass man an einem Ort des Weltkulturerbes, der von den Jugendlichen des Verbandes gern privat besucht werde, nicht mehr erwünscht sei, sobald man sich zu erkennen gebe.

Die Stiftung Zollverein hat sich am Donnerstag in einem Brief dafür entschuldigt, dass die Entscheidung gegen die Veranstaltung „die Gefühle vieler Menschen verletzt hat, angefangen von den jungen Leuten, die sich auf Zollverein treffen wollten, bis hin zu allen, die sich mit dem Anliegen des Vereins verbunden fühlen“. Man habe neben der Verfassungskonformität auch Sicherheit und organisatorische Machbarkeit zu beachten, wenn der Zollverein als Plattform für politische Veranstaltungen genutzt würde. Wegen zweier anderer Veranstaltungen an diesem Tag habe es dafür an Personal gemangelt, erklärte die Stiftung.

HEIKE ELLERSIEK



# Die europäische Heldin

Vor einem Jahr hat sie den Eurovision Song Contest gewonnen, mit Bart und Abendkleid. Heute ist sie so etwas wie die Botschafterin Europas. Eine Annäherung an Conchita Wurst

In der taz.am wochenende: morgen am Kiosk oder in Ihrem Briefkasten. www.taz.de/we

taz.am wochenende